

Danziger Zeitung.

Nr. 8924.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Exposition (Kettwigerstrasse No. 4) und ausdrücklich bei allen Kässerl. Posten angenommen. Preis pro Quartal 4 M 50 s. Auswärts 5 M — Inserate, pro Seite 20 s. nehmen an: in Berlin; S. Albrecht, A. Klemmeyer und H. W. Mose; in Leipzig: Eugen Furt und H. Engler; in Hamburg: Hasestein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Döger'sche Buch; in Hannover: Carl Schäffer.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 16. Jan. Die "Agence Havas" meldet aus Hendaye: Das deutsche Kanonenboot "Nautilus" schiffte am 14. Januar hundert Mann bei Zarauz aus, die sich nach kurzem Widerstande seitens der Carlisten des Platzen bemächtigten.

Berlin, 16. Jan. Die Konferenzen des Ministers des Innern mit den Oberbürgermeistern über die allgemeine Städteordnung sind noch nicht abgeschlossen, sondern nur bis Montag ausgezögert.

Berailles, 16. Jan. Die Nationalversammlung hat gestern bei Fortsetzung der Beratung des Cadregesetzes entgegen dem Antrage der Commission mit 51 Stimmen-Majorität die Beibehaltung der 30. Bataillon-Fülljäger befohlen und sich die Schlussabstimmung über den ganzen Artikel 3 vorbereitet. Artikel 4, nach welchem 19 Escadrons Celaireurs an Stelle der seitigen 24 Escadrons Generalkavallerie treten, wurde angenommen.

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Kiel, 15. Jan. Die regelmäßige Postdampfschifffahrt zwischen hier und Körös wird morgen wieder aufgenommen; das erste Dampfschiff trifft am Morgen des 17. c. hier ein.

Constantinopel, 15. Jan. Das wegen der Hungersnot in Kleinasien hier zusammengetretene Central-Hilfescomittee hat auch an das Ausland die dringendste Aufforderung um Hilfe gerichtet. — Der Sultan hat dem deutschen Botchaster, Fr. v. Werner, den Grosscordon des Osmanisordens verliehen.

Newyork, 15. Jan. Die conservativen Mitglieder der Legislative von Louisiana haben an den Präsident Grant das Ersuchen gerichtet, daß er beuglich der Verhältnisse in New-Orleans resp. der abgegebenden Versammlung von Louisiana den status quo ante herstellen möge.

Reichstag.

44. Sitzung vom 15. Januar.

Zweite Beratung des Gesetzes-Entwurfs über die Ehebeschleierung. § 27: Zur Ehebeschleierung ist die Einwilligung und die Einmündigkeit der Ehebeschleierenden erforderlich. Die Einmündigkeit des männlichen Geschlechts tritt mit dem vollendeten achtzehnten Lebensjahr, die des weiblichen Geschlechts mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahr ein." Die Abg. v. Schulte und v. Seydelwitz beantragen unabdingbar von einander das 20. resp. 16. Lebensjahr an die Stelle des 18. resp. 14. zu setzen, der Abg. v. Schulte mit dem Zusatz: "Dispensation ist zulässig". Abg. Dr. Löwe tritt für die Ammendements aus physiologischen und stilistischen Gründen ein. Wenngleich das Alter der Einmündigkeit des Mannes auf äußerste Lebensalter heraufgesetzt werden, in welchem sie militärisch sind.

Justizminister Leonhardt acceptirt die Ammendements im Namen der Regierungen.

Abg. v. Schulte: Der Rechtszustand in Bezug auf diesen Punkt war bisher ein höchst verschiedener. Das französische Recht am Rhein hat 18 resp. 15 Jahre. Hessen-Darmstadt und Württemberg haben die Volljährigkeit. Baden hat das französische Recht, in einzelnen Fällen gilt das kanonische Recht, welches 14, resp. 12 Jahre feststellt u. s. w. Unzweckhaft entspricht unser Antrag vollständig den deutschen Anschauungen. In Caesar "De bello Gallico" finden Sie den Satz: "Sie haben die alten Deutschen es für etwas Grundlegendes gehalten, vor dem 20. Jahre zu heirathen. Deno sagt uns eine Stelle im Tacitus, daß die Deutschen mit aller Kraft dahin wirkten, daß zu frühzeitige Heirathen nicht stattfanden."

Abg. Riedert: Ich muß anerkennen, daß der preußische Justizminister heute einen anderen Standpunkt vertreten hat, als vor 2 Jahren im preußischen Abgeordnetenhaus. Damals sprach er sich entschieden für die Einführung der Dispensation aus. Er hat damals unter Berufung auf die Erfahrungen, die man während 80 Jahren in dem größten Theile Deutschlands auf Grund des Allgemeinen Landrechts gemacht hat, die damalige Regierungsvorlage, welche dieselben Altersziffern enthielt, wie der heutige Entwurf, mit großer Erfolg verbündigt, so daß das Haus sie mit großer Majorität annahm. Der Abg. Löwe hat heute die damals angeführt, daß die Herausstellung der Ehebeschleierung im Interesse der Sittlichkeit geboten sei.

Es mit einem Gesetzesparagraphen werden Sie die von ihm geschilderten sozialen Nebenstände nicht allerniedrigste Einwirkung ausüben. (Sehr richtig!) Sie ist hier der alleinige Regulator, um Sie einen Gesetze machen, welche Sie wollen, was die Ehe nicht vorschreibt, wird dadurch zu erreichen möglich sein. Ich schließe gerade umgekehrt wie der Abg. Löwe also: wenn tatsächlich die große Anzahl von Verheirathungen vor dem 20. Jahre geschlossen werden, so werden wir, wenn der Antrag Schulte angenommen wird, an Stelle der jetzigen legalen in ganz derselben bl. wilde illegale Ehen, und statt der ethischen Kinder beliebt im Lande haben. Was die Zahl der Eheverträge von Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren betrifft, so kommen diese statistisch fast gar nicht vor; aber steht es mit den Männer? Nach den amtlichen Ermittlungen des statistischen Bureaus haben in Preußen 2028 Männer unter 20 Jahren Ehen geschlossen, 1868: 2224, 1869: 2897, 1870: 2235, 1871: 222. Der allergünstigste Theil dieser Ehen fällt auf zwei Provinzen des preußischen Staates, auf die Rheinprovinzen und auf Posen. Wenn nun das neue Gesetz kommt, daß die Männer unter 20 Jahren nicht mehr heirathen dürfen, so werden künftig alle diese Ehen sich verwandeln, und dadurch also das ge-

rade Gegenteil von dem erreicht werden, was die Antragsteller beweisen. Oder aber man wird den beantragten Zusatz der Zulassung der Dispensation als Ausflussmittel gebrauchen und die Folge davon wird sein, daß jährlich zwei- bis dreitausend Besuche um Dispensation eingehen, wodurch nichts anderes als eine außerordentliche Belästigung der Behörden und eine Unruhe unzähliger Schreibereien bewirkt werden wird.

Minister Leonhardt: Ich habe als preußischer Justizminister einen preußischen Gesetzestext, welches das 20. Lebensjahr als Altersgrenze für die Ehebeschleierung des Consentes feststellt, enthalten gegen das preußische Landrecht, welches doch in einem sehr großen Theile von Deutschland gilt, schon eine erhebliche Eheleistung, da dieses Landrecht in jedem Lebensjahr die Einwilligung des Vaters erfordert.

In Bezug auf die Befugnis zur Klage auf richterliche Ergänzung des bestandenen Consentes enthält das Gesetz im § 31 eine Eheleistung der landrechlichen Bestimmungen, indem es bestimmt, daß der Richter nach seinem freien Ermeessen zu entscheiden habe während das Landrecht vorschreibt, daß der Richter unter gewissen Voraussetzungen den Kläger abweisen solle.

Abg. Windthorst: Wenn man hofft, durch

Hinzuweisung der hier fraglichen Altersgrenze auf das 20. Lebensjahr die Familienverhältnisse fester zu machen, so meine ich, daß die Civile dazu am wenigstens, vielmehr zuvorwenden erwiesen habe. Von der Dispensionszulässigkeit habe ich heute nur gesagt, sie werde das Gesetz nicht gefährden, während ich von dem übrigen Antrage bemerkt, er werde von den Bundesregierungen mit Beifall angenommen werden.

Abg. Grumbrecht: Das frühe Heirathen schließt eine große Gefahr der Degeneration in sich. Den Beweis dafür liefert der englische Arbeitertypus; statistische Erhebungen haben auf's Klarste bewiesen, daß die Hauptursache des Elends der englischen Arbeiterschwärme das frühe Heirathen der selben ist; statische Erhebungen haben die Familienvorherrschaft zwischen Ehemann und Frau kaum entstehen. Was soll man aus der Tatsache werden, wenn der Vater alsbald zum Militär eingezogen wird?

Abg. v. Seydelwitz: Die Altersgrenze der Heirathsfähigkeit vom 18. auf das 20. Lebensjahr binanzzuschließen und gleichzeitig auch noch die Dispensation auszuschließen, würde für viele Gegenden Deutschlands große Verwirrungen zur Folge haben und die schwersten Leidestände herbeiführen. Statistische Erhebungen haben für die Rheinprovinz, in welcher das französische Recht mit der niederen Altersgrenze gilt, keineswegs schlechtere Resultate für den städtischen Zustand der Bevölkerung ergeben, als für andere Provinzen. Ich kann die Zulässigkeit der Dispensation nur empfehlen. — Bei der Abstimmung wird der § mit dem Antrage v. Schulte (Erhöhung der Besserung und Zulässigkeit der Dispensation) angenommen.

§ 28: "Etheliche Kinder bedürfen zur Eheschließung: 1. so lange der Sohn das 30., die Tochter das 24. Lebensjahr nicht vollendet hat, von Seiten des Vaters, 2. nach dem Tode des Vaters, so lange sie minderjährig sind, von Seiten der Mutter und, wenn eine Vormundschaft besteht, auch von dieser. Inwiefern die Wirthschaft einer Vormundschaftsbehörde oder eines Familiennesthauses stattfindet, bestimmt sich nach Landesrecht. Die für den Fall des Todes des Vaters gegebene Bestimmung findet auch Anwendung, wenn der Vater zur Abgabe einer Erklärung außer Stande oder sein Aufenthalt dauernd unbekannt ist. Ist die Mutter verstorben oder zur Abgabe einer Erklärung außer Stande, oder ist ihr Aufenthalt dauernd unbekannt, so genügt die vormundschaftliche Einwilligung." Hierzu beantragen I. die Abg. v. Schulte u. Gen., den Paragraphen folgendermaßen zu fassen: "Etheliche Kinder bedürfen zur Eheschließung der Einwilligung: 1) so lange der Sohn das 25., die Tochter das 24. Lebensjahr nicht vollendet hat, von Seiten des Vaters, nach dem Tode des Vaters von Seiten der Mutter und, wenn eine Vormundschaft besteht, auch von dieser. 2) nach dem Tode beider Eltern im Falle der Minderjährigkeit der Seiten der Vormundschaft, wenn eine vormundschaftliche Einwilligung festgestellt.

Abg. Dr. Löwenberger (Olpe): Das Interesse des Sohnes schreibt mir vollständig gewahrt durch das Recht auf Ergänzung des Consentes zu klagen. Darum ist es nicht nötig, die Consensertheilung auf eine niedrige Altersgrenze, das 25. Lebensjahr zu beschränken. Wenn der Sohn auch mit 21 Jahren schon großjährig ist, so ist er doch sehr häufig noch weit länger auf die Börse seines Vaters angewiesen.

Minister Leonhardt erklärt sich mit den von Löwe vorgeschlagenen Änderungen einverstanden, aber gegen den Vorschlag des Abgeordneten v. Schulte, das 25. Lebensjahr als Grenze für die väterliche Einwilligung festzulegen.

Abg. Riedert: Am besten würde mir eine Regelung des Verhältnisses zusagen, bei der wir der Klage ganz und gar entbehren könnten. Denn dieses Klagerecht ist immer ein Ubel, ein Eingriff in die Familienvorherrschaft durch Richterprinzip, der in den meisten Fällen die Sache doch immer nur äußerlich und die tausend dazwischen spielenden Fäden zu beurteilen gar nicht im Stande ist. Eine solche Ordnung würde ich für eine glückliche halten, wenn wir sagen wollten, daß der Consent bei Männern bis zum 25., bei Frauen bis zum 21. Lebensjahr notwendig ist. Es kommt bei dem Aussuchniss dieser Altersgrenze gar nicht darauf an, was die einzelnen Landes-Gesetzgebungen bis jetzt bestimmt haben. Wenn irgend eine Angelegenheit zu einer Revision der heutigen Bedürfnisse nach dem städtischen Gefühl der ganzen Nation geeignet ist, so sind gerade die Altersgrenzen, über die wir zu entscheiden haben. Nun ist aber die Verfassung zur Eheschließung von ganz anderen Folgen für das Mädchen als für den Mann. Wie alle nicht blos aus Erzählungen, sondern gewiß auch aus Bekanntschaften, die sie im Leben gemacht haben, wissen werden, gibt es einen Punkt in dem ungünstlichen Leben der unverheiratheten Mädchen, der immer als Quelle ihres Unglücks bezeichnet wird, daß der erste Bewerber aus irgend einem Grunde nicht angenommen worden ist, sei es, daß er zurückgewiesen wurde, sei es, daß ein Ehehindernis entgegentrat. (Heiterkeit!) Es ist dies eine persönliche Angelegenheit, in welche der Richter so wenig wie möglich hineingreifen soll. Die Gesetzgebung soll sich nicht dazu herbeilassen, nur aus Defension für das Ansehen der Eltern diesen ein ärgerliches Einschränkungsrecht zu gewähren, vielmehr nur dafür sorgen, daß das Einschränkungsrecht nicht missbraucht werde. Wenn nun von anderer Seite mir angegeben wird, daß das Mädchen viel früher zur Reife des Einfchlusses kommt, gerade in Bezug auf die Berechlichung, als dies bei Männern der Fall ist, daß das Mädchen überdies auch nicht so viel Vorbereitung zu erfüllen hat, um zur Berechlichung befähigt zu werden, und wenn endlich die Befürchtung eines einmaligen Antrages bei dem Mädchen beinhaltet, daß das ganze Leben entscheidend ist, so glaube ich, daß es gerechtfertigt ist, wenn ich vorschlage, daß die Grenze für Mädchen nicht auf das 24., sondern auf das 21. Lebensjahr gesetzt werde. In der öffentlichen Meinung wird ein Mädchen zwischen dem 21. und 24. Lebensjahr als durchaus an die Altersgrenze der Verheirathung gekommen, allseitig anerkannt. Bei Männern ist das Ubel der Verweigerung der Berechlichung lange nicht so groß, wie der Umstand, daß die Eltern gar keinen Einfluß mehr haben sollten. Dies ist der Grund, warum ich für Mädchen am 21. Lebensjahr festhalten möchte.

Damit kommen wir zu dem allein richtigen Standpunkte, daß die Mädchen niemals im Leben dazu kommen, Klage gegen die Eltern zu erheben und wir wissen, wie zerstört die Verhältnisse sein müssen, wenn ein Mädchen sich zu einer solchen Klage entschließen sollte. Dagegen beim Manne würde ich unter Umständen vielmehr darauf verzichten, ihm ein Klagerecht zu geben. Denn in der Mehrzahl der Fälle trifft es doch zu, daß der Vater die Verhältnisse viel besser kennt, als der Vormundschaftsrichter, und besser beurtheilen kann, ob aus der Verbindung ein Unglück entstehen könnte, es liegt dies gewissermaßen in dem väterlichen Gefühl. Allerdings liegen nicht selten auch bloße Vorurtheile vor, vornehme Familien sträuben sich häufig, ihre Kinder in eine Familie hinein zu verheirathen, die nach spießbürglerischen Ansichten leben und

umgekehrt; oft werden schlechte Vermögensverhältnisse, die Glaubensverschiedenheit bei Verfassung des Consenses geltend gemacht. Ich glaube, je mehr wir auf der einen Seite davon abstehen können, daß der Widerspruch des Vaters durch Erkenntnis beseitigt werde, um so mehr müssen wir auf der anderen dafür sorgen, daß nicht der Widerspruch sich bis auf eine Lebensgrenze erstrecke, in der er eine Herabsetzung des künftigen Glückes herbeiführt.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Das Gesamtbedürfnis der Nation geht dahin, daß nicht blos neue Familien gegründet, sondern auch das Bestehe der alten ermöglicht wird. Der Vater ist der eigentliche Schüler und Vertheidiger seiner Familie und sollte in seinem Rechte möglichst geschützt und verstärkt werden. Was den Unterschied zwischen Mädchen und Knaben betrifft, so kann ich nicht anerkennen, daß dieser so erheblich ist, wie er vom Abg. Löwe angenommen wird. Jedenfalls steht mir das richtige Alter das 20. resp. 24. Lebensjahr zu sein, besonders wenn man die Klage auf richterliche Ergänzung der Einwilligung zuläßt.

§ 28 wird mit den Amendements der Abg. v. Schulte und Bahr (Kassel) angenommen, so daß er folgendermaßen lautet: "Etheliche Kinder bedürfen zur Eheschließung der Einwilligung: a. so lange der Sohn das fünfzehnjährige Lebensjahr nicht vollendet hat, von Seiten des Vaters, nach dem Tode des Vaters, wenn eine Vormundschaft gesetzlich erforderlich ist, auch von dieser, b. nach dem Tode beider Eltern im Falle der Minderjährigkeit von Seiten der Vormundschaft, wenn eine solche besteht. Die für den Fall des Todes des Vaters gegebene Bestimmung findet auch Anwendung, wenn der Vater zur Abgabe einer Erklärung dauernd außer Stande, oder sein Aufenthalt dauernd unbekannt ist. Ist die Mutter zur Abgabe einer Erklärung außer Stande, oder ist ihr Aufenthalt dauernd unbekannt, so genügt bei Minderjährigen die Einwilligung der Vormundschaft, wenn eine solche besteht. Inwiefern die Wirthschaft einer Vormundschaftsbehörde oder eines Familiennesthauses stattfindet, bestimmt sich nach Landesrecht."

§ 29. Auf uneheliche Kinder finden die im § 28 für vaterlose etheliche Kinder gegebenen Bestimmungen Anwendung" und § 30: "Bei angenommenen Kindern tritt an die Stelle des Vaters derjenige, welcher an Kindesstatt angenommen hat", werden ohne Debatte angenommen.

§ 31 lautet: "Im Falle der Verfassung der Einwilligung zur Eheschließung findet Klage auf richterliche Ergänzung statt. Das Gericht entscheidet nach freiem Ermeessen. Hierzu beantragen I. v. Schulte und Seydelwitz gleichlautend: § 31: Im Falle der Verfassung der Einwilligung zur Eheschließung steht großjährigen Kindern die Klage auf richterliche Ergänzung zu. Das Gericht entscheidet nach freiem Ermeessen." II. Lasler. § 31: "Im Falle der Verfassung der Einwilligung zur Eheschließung kann von den großjährigen Kindern auf richterliche Ergänzung angetragen werden. Die Einwilligung ist zu ergänzen, wenn nicht von den Verfassenden Gründe geltend gemacht werden für die Annahme, daß die Ehe ungünstlich würde. Hierüber entscheidet das Gericht nach freiem Ermeessen." III. Struckmann: § 31. Im Falle der Verfassung der Einwilligung zur Eheschließung steht großjährigen Kindern die Klage auf richterliche Ergänzung zu. Das Gericht entscheidet nach freiem Ermeessen." IV. Hoerbeck nimmt den ersten Abfall des Amendements des Abg. v. Schulte als eigenen Antrag auf, da der Abg. Marquardt einer getrennten Abstimmung über das v. Schulte'sche Amendement wider spricht.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Für das Amendement Lasler. Die Regierungsvorlage stellt das richterliche freie Ermeessen im Falle der Verfassung über das Ermeessen des Vaters, also ein subjektiv unberechtigtes Urteil über ein subjektiv berechtigtes; das halte ich absolut ungerechtfertigt.

Minister Leonhardt: Ich spreche in diesem Falle als preußischer Justizminister. Als solcher halte ich die Amendements v. Schulte und v. Seydelwitz für eine wesentliche Verbesserung. Weiter glaube ich mich aber auch damit einverstanden erklären zu dürfen, wenn dieser Paragraph gänzlich gestrichen wird, da eine Ergänzungsklage nach Herabsetzung des Alters der Einmündigkeit um so weniger notwendig ist. Auch gegen eine Streichung des zweiten Abfalls hätte ich nichts einzubringen, da in Preußen in diesem Falle das Allgemeine Landrecht entscheiden würde.

Abg. Lasler: Wenn dieser Paragraph gänzlich gestrichen würde, so würden die Kinder nicht geschützt sein gegen die Chikanen solcher Väter, die nicht das Wohl ihrer Kinder im Auge haben. Eine wesentliche Verbesserung des von Schulte'schen Amendements ist, daß die Klage nicht von einem dritten, also dem betreffenden Bräutigam oder der Braut, sondern nur von den Kindern selbst angestellt werden soll. Wenn wir aber den Satz: "Das Gericht entscheidet nach freiem Ermeessen", so nach stehen lassen, so bringen wir den Richter in eine eigentümliche Lage, weil wir ihn an die Stelle des Gesetzgebenden stellen; eben so ist es aber auch nicht thunlich, einzelne Fälle, in denen die Ergänzung stattfinden soll, aufzuflören, weil sich die moderne Gesetzgebung gegen eine solche beispielweise Aufzählung erklärt hat.

Abg. v. Schulte: Da doch anzunehmen ist, daß die Richter bei ihrem freien Ermeessen nach vernünftigen Gründen urtheilen werden, und da man ja auf dieser (letzten) Seite von den Gerichten eine so hohe Meinung hat, so begreife ich nicht, weshalb man vor ihrem freien Ermeessen so große Angst hat. Ich nehme aber als ganz selbstverständlich an, daß der Richter den Vater und die Mutter hören und seine Gründe in das Erkenntnis aufnehmen wird.

Abg. Dr. Friedenthal bemerkt, daß es nach dem Vorlaute der Regierungsvorlage und dem Amendements seinem Anschein habe, als solle der Richter mit seinem Ermeessen an Stelle der Eltern treten. Das ist aber nirgends Rechts. Der Richter hat nur zu untersuchen, ob die Weigerung begründet ist oder nicht. Minister Leonhardt: Mit der Streichung des Schlusses würden die landesgesetzlichen Vorschriften, an welche die richterliche Entscheidung gebunden ist, in Gelung bleiben. Wo solche, wie im

gemeinen Rechte nicht vorhanden sind, müßte doch das richterliche Ermeß nach ordnungsmäßiger Gewagung des Falles entscheiden.

Abg. Gneiß: Das freie richterliche Ermeß ist im vorliegenden Falle, wie in zahlreichen anderen, gar nicht zu entbehren, und alle Verüchte, demselben gewisse Anhaltspunkte zu geben, müßten schließlich auf die casuistischen Unterscheidungen des preußischen Landrechts hinauslaufen. Dagegen ist die Beschränkung des Klagerichts auf großjährige Kinder durchaus angebracht.

Abg. Dr. Windhorst wird für den Antrag v. Hoyerbed stimmen, er schafft zwar für die Länder des gemeinen Rechts, in denen das bisher geltende canonische Recht überhaupt vom elterlichen Consente nichts wußte, ein Vacuum, das ihm aber immer noch vortheilhaft erscheint, wie die durch die Vorlage und die Abänderungsanträge entstehende Unsicherheit.

Minister Leonhardt betreitet, daß ein solches Vacuum eintreten werde. Der Richter werde dann eben im Gebiete des gemeinen Rechts nach freiem Ermeß beurtheilen, ob die Weigerung begründet ist oder nicht.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Lasker und Struckmann abgelehnt und § 31 hierauf in der Fassung des v. Hoyerbed'schen Amendements genehmigt, also der Schlufzusatz gestrichen.

§ 32. "Die Ehe ist verboten: 1) zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie, 2) zwischen voll- und halbblütigen Geschwistern, 3) zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, Schwiegereltern und Schwiegerkindern jedes Grades, ohne Unterschied ob das Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis auf ehelicher oder außerehelicher Geburt beruht und ob die Ehe, durch welche die Stief- oder Schwiegerverbindung begründet wird, noch besteht oder nicht, 4) zwischen Personen, deren eine die andere an Kindesstatten angenommen hat, so lange dieses Rechtsverhältnis besteht, 5) zwischen einem wegen Ehebruchs Geschiedenen und seinem Mithuldigen. Im Falle der No. 5 ist Dispensation zulässig." Hörter beantragt 1) Mousang, den Schlufzusatz, betreffend die Dispensation im Falle der No. 5 zu streichen. 2) Windhorst: Hinter No. 2 folgende neu No. 3 einzuführen: die Ehe ist verboten ... zwischen Onkel und Nichte, Tante und Neffe sowie zwischen den Kindern voll- und halbblütiger Geschwister." Ferner den Schlufzusatz zu fassen: "im Falle dieser No. 3 ist Dispensation zulässig".

Abg. Mousang: Die katholische Kirche muß auch hente an den canonischen Vorschriften festhalten. Wenn das canonische Recht die hier zugelassene Heirath auch unter Blutsverwandten entfernter Grade unterläßt, so geschieht dies in wohl angebrachter Berücksichtigung der Monarchen für besonders wichtige Augenblicke und Sessonen aufzupassen.

Der Graf Stolberg-Wernigerode sich jetzt nicht mehr der Uebernahme des Präsidiums des Herrenhauses zu entziehen gedenkt, so werden voraussichtlich die Präsidentenwahlen in beiden Häusern auf die früheren Inhaber dieser Posten fallen. Nur im Abgeordnetenhaus muß für den seit der letzten Landtagssession zum Landwirtschaftlichen Minister berufenen Abg. Dr. Friedenthal die Stelle des zweiten Vizepräsidenten anders besetzt werden. Von freiconservativer Seite bräuchte man für die Stelle den Abg. Bethusy Huc vorzuschlagen. Auf liberaler Seite wird dieser Vorschlag keinen Widerstand finden. Die Wiederwahl des Abg. v. Bennigsen zum Präsidenten und des Abg. Dr. Löwe zum ersten Vice-Präsidenten ist gesichert.

Die "N. A. Z." sucht heute das durch ihre neuliche Nachricht über den den Erwartungen nicht entsprechenden Fortgang in der Reformgesetzgebung hervorgebrachte Missbehagen zu beschwichtigen. Sie schreibt: "Es liegt im Buge unserer Zeit, viel und rasch zu arbeiten und den Werth der Arbeit, zum Theil wenigstens, nach ihrer Fähigkeit des Fertigstellens zu schwätzen, wobei man dahingestellt sein läßt, ob das Fertige auch die Bürgschaft des Daueraufbaus in sich trägt. Die Reformgesetzgebung aber sollte diesem Buge der Zeit nicht unbedingt folgen; sie sollte vielmehr von der Ueberzeugung ausgehen, daß je bedächtiger Stein an Stein gesetzt, um so verlässlicher und dauerhafter in der Regel der Aufbau sei". Namentlich aber unsere Reform-Gesetzgebung befindet sich in der Lage, daß der mit Ausdauer verbundene Eifer ihr viel mehr zu statten kommt, als die Höhe des ungezüglichen Auftaufs. Das Prinzip ist durch die neue Kreisordnung festgestellt, und wie diese unwiderstehlich zu weiteren Organisationen drängt, so können die wiederum nicht auf Existenzfähigkeit rechnen, wenn sie nicht auf dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung aufgebaut werden. Die Gesetzgebung soll nicht tödten, sondern das Abgestorbene befeiligen und für das Lebende die entsprechende Daseinsform schaffen. Die Fortentwicklung unserer Reform-Gesetzgebung ist daher beringt durch ein umfassendes Studium des Thatsächlichen, an welchem das Prinzip seine Wirkung äußern soll, und die Wirkung des Gesetzes wird um so befriedigender, je umfassender die Vorarbeit war, und je rücksichtsvoller die Unterordnung des Thatsächlichen unter das Prinzip vollzogen wird."

Unterstaatssekretär Friedberg: Auch den verbündeten Regierungen wäre es sehr erwünscht gewesen, wenn sie nicht nötig hätten, sich mit der widerwärtigen Frage der Verheirathung von Ehebrechern zu befassen, leider war dies aber nicht zu umgehen. Das Allgemeine Landrecht verbietet die Wiederverheirathung des Ehebrechers. Aber das Leben zeigte sich stärker als das Recht. In kurzer Zeit gingen so viel Anträge aus den Provinzen ein, daß man von einem absoluten Verbot der Wiederverheirathung absieben möge, daß man sich schon 1803 genöthigt sah, durch eine königliche Cabinetordre zu erklären, daß von diesem Verbot Dispens ertheilt werden solle in allen Fällen, wo dessen Verweigerung größere Immoralitäten zur Folge haben würde, als in der Gestaltung der Wiederverheirathung lag. Insbesondere hatte sich in den ländlichen Kreisen gezeigt, daß der geschiedene Ehegatte, da er seinen Haushalt nicht ohne weibliche Hilfe führen konnte, den Verlehr mit der Ehebrecherin im Concubinate forschte und daß die dadurch entstehenden außerehelichen Geburten viel mehr Unheil in der Gemeinde anrichteten, als der einmalige Fehltritt. So ertheilte man bis 1857 nach vorheriger Prüfung der Sitte Folge geben und die Dispensversagen zu müssen. Diese Praxis befolgte man einige Jahre, aber es zeigten sich bald so schreckende Mißstände, daß man wieder zu der Kabinettsordre von 1803 zurückkehren mußte. Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß diese Rücksichten auf die Notth des Lebens noch heute maßgebend sein müssen. Leichtlinnig wird der Dispens, der ja schließlich in der Hand des Landesherrn liegt, nicht ertheilt werden, aber Moralitätsgründe müssen blinder hinter dem, was die heutigen Verhältnisse als nothwendig bezeichnen, zurücktreten. (Beifall im Centrum.)

Minister Leonhardt bittet gleichfalls dringend, das Amendement Mousang abzulehnen. Selbst der große Reformator Luther hat sich wiederholt und in den schärfsten Ausdrücken gegen dieseligen erklärt, welche den Ehebruch als ein Ehehindernis auffassen wollen.

Abg. Miquel beantragt, den Schlufzusatz des § 32 wie folgt zu fassen: Hinsichtlich der Dispensation im Falle der No. 5 bleibt es bei dem bestehenden Landesrecht.

Bayerischer Justizminister v. Höfle: Die Praxis, wie sie Dr. Friedberg vorgeführt, hat in Bayern ganz gleichartig sich gestaltet. In Bayern bilden diejenigen Fälle, in denen wegen Ehebruchs Dispensation ertheilt worden ist, die Regel, die Fälle, in denen sie verworfen wird, sind eine seltene Ausnahme, wie ich aus einer vieljährigen Praxis bestätigen kann. Ich bitte Sie dringend, folgen Sie in diesem Falle nicht der Theorie, sondern der Stimme der Praxis. Ebenso bitte ich Sie auch, das Amendement Miquel abzulehnen. Wir würden dadurch wiederholen für Bayern dieselbe Verschiedenheit der Rechtszustände gelten lassen, wie sie heute besteht, während es so dringend wünschenswert ist, in der ganzen Materie ein einheitliches Recht zu machen. (Beifall.)

Abg. Dr. Bölf: Das Amendement Miquel würde geradezu für uns in Bayern das canonische Recht und die Dispensation der Kirchenbehörden wieder zur gesetzlichen Geltung bringen. Die Verheirathung zwischen Geschwisterkindern ist bisher regelmäßig durch päpstliche Dispens oft genug auf gar keine anderen als auf klingende Gründe hin gestattet

worden. Wieviel aber solche päpstliche Dispense kosten, wissen die betreffenden Behörden und Bauen ganz genau. Wenn übrigens hier soviel von der Degeneration durch solche Heirathen gesprochen würde, so mag das in manchen Fällen ja immerhin möglich sein, es gibt aber doch Fälle, welche dagegen sprechen. Ich kann Ihnen in meiner Person, das Beispiel eines solchen Falles vorführen. (Große Beifelheit.) Ich bin das Product einer Ehe zwischen Geschwisterkindern, und ich denke, wenn die Produkte solcher Ehe nicht schlechter gerathen, als ich geworden bin, so haben wir keinen Grund, die Dispensation nicht zuzulassen. (Beifelheit.)

Abg. Miguel zieht hierauf sein Amendment zurück. Bei der Abstimmung werden die Amendements Mousang und Windhorst abgelehnt und § 32 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Desgleichen die §§ 33 bis 36.

§ 37: "Die Vorschriften, welche die Ehe der Militärpersonen, der Landesbeamten und der Ausländer von einer Erlaubnis abhängig machen, werden nicht berührt. Ein Gleichtes gilt von den Vorschriften, welche vor der Eheschließung eine Nachweisung, Auseinanderstellung oder Sicherstellung des Vermögens erfordern." In demselben § wird auf Antrag des Abg. Reichsverwalter (Ode) zu Alinea 1 folgender Zusatz angenommen: "Auf die Rechtsgültigkeit der geschlossenen Ehe ist der Mangel dieser Erlaubnis ohne Einfluß."

Bei § 38: "Alle Vorschriften, welche das Recht zur Eheschließung weiter beschränken, als es durch diese Gesetze geschieht, werden aufgehoben," erklärt der Abg. Windhorst: Die kirchlichen Ehehindernisse werden trotz dieses § nicht bestehen und die Kirche wird mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln dieselben aufrecht erhalten dürfen; daß sie vom Staate keine Hilfe dabei zu erwarten hat, bedauere ich, daß es aber jetzt wird, constatricit. Dieselbe Erklärung wiederholt der Abgeordnete bei § 39: "Die Befugnis zur Dispensation von Ehehindernissen steht nur dem Staate zu. Über die Ausübung dieser Befugnis haben die Landesregierungen zu bestimmen." — Nächste Sitzung: Sonnabend.

Danzig, den 16. Januar.

Die Offiziösen gaben heute noch einen zweiten Grund dafür an, daß der Landtag heute nicht durch den Kaiser eröffnet wird; eine persönliche Gründung, sagen sie, könnte den Schein erwecken, daß es sich aus dem Landtage um ganz besondere Dinge handeln werde. Es ist also jetzt ausgewichener Grundtag, die Eröffnung durch den Herzog sei in Uebereinstimmung mit den Befürchtungen von Orleans, die keine Gewaltstreiche wollen, und glaube, daß die sechsjährige Republik ihren Interessen günstiger sei als die Plane Broglie's und der übrigen habsburgischen Orleansisten die leicht zur Wiederherstellung des Kaiserreichs führen könnten. Über die Pläne der Letzteren spricht Girardin in der "France." Er fragt, ob, wenn die Majorität der Kammer die Auflösung verweigere, sich das Broglie'sche Wahl-Ministerium zurückziehen oder von Mac Mahon verlangen werde, daß er neue Juli-Ordonnancen unterzeichne oder einen neuen zweiten Dezember mache.

Die Engländer haben einen ostindischen Fürsten, den Guicowar von Baroda, verhaftet, ihn seiner Machtbefugnisse entkleidet, seine Residenz mit europäischen Soldaten besetzt und das Land in eigene Verwaltung genommen. Sie beschuldigen den Fürsten, daß er den Obersten Phahre habe vergiftet, um die Abgeordnete bei § 39: "Die Befugnis zur Dispensation von Ehehindernissen steht nur dem Staate zu. Über die Ausübung dieser Befugnis haben die Landesregierungen zu bestimmen." — Nächste Sitzung: Sonnabend.

Frankreich. Paris, 14. Jan. Maréchal Serrano ist hier angekommen. — Der Finanzminister erklärte der Budget-Commission, daß das neue Armeegesetz das Kriegsbudget von 493 auf 500 Millionen bringen werde.

— 14. Jan. Nationalversammlung. Bei Weiterberatung des Gesetzes über die Cadres der Armee wurde mit 345 gegen 332 Stimmen beschlossen, daß das Bataillon fünftausend aus 4 Compagnien bestehen und daß jede Compagnie zwei Capitains erhalten soll. Der Kriegsminister erklärte, daß die befreifte Umformation in kürzester Frist ausgeführt werden könne. Die Beratung des Gesetzes wird morgen fortgesetzt. (W. T.)

Das gestrige Ballfest im Elysée war überaus glänzend; die Königin Isabella und die Prinzessin Orleans wohnten dem Fest bei. Die Anordnungen waren diesmal vortrefflich; über 6000 Personen waren anwesend.

England.

London, 14. Jan. Es ist eine systematische Befreiungsmission im Gebiete des Aschantis durch mehrere Religionsgemeinschaften beschlossen worden. Die Ausführung erfolgt mit englischen Mitteln unter Leitung der Baseler Missionsgesellschaft, welche dort schon Niederlassungen hatte. — Die Befürchtung, daß der Dampfer "Cortes" untergegangen ist, bestätigt sich leider heute. Von den 30 Mann an Bord sind nur vier gerettet worden, und unter den Verunglückten befand sich ein Deutscher, Namens Steuensen, alt 21 Jahre. Der "Cortes", ein Dampfer von 1500 Tonnengehalt, war am 1. aus Cardiff abgegangen und erlag einem heftigen Sturm im britischem Meerbusen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Januar. [Eröffnung des Landtag s.] Der Vize-Ministerpräsident Camphausen verlas im Namen des Königs die Thronrede. Es wird darin die Finanzlage des Landes trotz des auf vielen Handels- und Industriezelgen lastenden Drucks als befriedigend bezeichnet und hervorgehoben, daß bei der ungewöhnlichen Fülle der finanziellen Mittel in den letzten Jahren auf Verwendung großer Summen zur minderung der Staatschuld Bedacht genommen und bei den Voranschlägen für die Staatseinnahmen die Wahrscheinlichkeit eines Minderertrags bei einzelnen Einnahmewegeen zum Vorraus berücksichtigt worden sei. Die Voranschläge für 1875 ergeben daher trotz der durch die Steuerreformen veranlaßten Ausfälle an Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr keinen Rückgang. Die Nebenkasse von 1873 ermöglichen, den im Jahre 1875 hervortretenden Bedürfnissen zur Steigerung des Staatsaufwandes gerecht zu werden. Im Etat seien zur Verbesserung des Einkommens der Geistlichen und Elementarlehrer, zur Förderung der Kunst und Wissenschaft, zur Erhöhung des Unterrichts in allen Zweigen, zur Erweiterung der Eisenbahnanlagen, der Häfen, Land- und Wasserstraßen, zur Förderung von Ackerbau und Viehzucht bedeutende Verwendungen vorgeschlagen. Die Thronrede erwähnt dann der weitern Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotations der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung, der Gesetzwürfe der zu einem einheitlichen Abschluß mit der Kreisordnung begonnenen Gesetzgebung, insbesondere der Provinzialordnung mit dem Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und wegen der Dotation der Provinzen; ferner der Vorlagen über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Oberverwaltungsgerichts. Die volle Durchführung der inneren Verwaltungsreform, der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 17. Januar, Vormittags
10 Uhr, Predigt: Herr Pred. Rödner.
Die gestern Abend 5½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Elise geb. Spischnik von einem gesunden Mädchen beehre mich hiermit anzugeben.
Danzig, den 16. Januar 1875.
8864) Wilhelm Kullmann.

Heute Vormittag um 11 Uhr entschließt sich sanft und dem Herrn ergeben der Rentier J. Maduch. Um stille Theilnahme bitten die Hinterbliebenen:
Frau Emilie Maduch,
Blegerohn Adolph Arens.
Die Beerdigung findet Montag den 18. d. M. Nachmittags statt.
Lauenburg, den 15. Januar 1875.

Heute 6 Uhr Morgens entschließt sich zu einem besseren Leben meine liebe Frau Seurie geb. Zimmermann im 38sten Lebensjahr in Folge des Wochenbettes und hinzugetretenen Nervenfiebers. Dieses zeige statt besonderer Meldung allen Freunden und Bekannten tief betrübt an.
Tragheim, den 15. Januar 1875.
Theodor Tornier.

Die Beerdigung findet Freitag, den 22. d. M. Nachmittags 2 Uhr statt. (8839)

Gestern Nachmittag 4 Uhr entschließt sich nach schweren Leiden mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Carl Lobegott Gottke
in seinem eben vollendeten 35sten Lebensjahr.

Solches zeigen wir tief betrübt an.
Braußen, den 16. Januar 1875.
8865) Die Hinterbliebenen.

Gestern Nacht entschließt nach kurzem Leid den Fräulein Laura König.

Um stilles Beileid bitten
ihre Freundinnen.

Danzig, den 16. Januar 1875.

Die Beerdigung findet Mittwoch Vorm.

11 Uhr auf dem Heil. Leichnamkirchhof statt.

Am 15. d. M. starb nach 4-tätigem Krankenlager in Folge eines Lungeneideins unsere Tochter, Schwester und Schwägerin, Elisabeth Marianne Laura König. Sie folgte ihrer vor 8½ Monat vorausgegangenen jüngster Schwester, verheirathete gewesene Frau Anna Trentler. Tief betrübt widmen wir diese Angeige Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung.
Danzig, den 16. Januar 1875.
8859) Die Hinterbliebenen.

Jetzt, nach Einführung der Marktwährung müssen auch alle Geschäftsbücher nach diesem Münzsystem eingerichtet und geführt werden. Wer sich auf begreifliche Weise über die Einrichtung des Buches und das

Buchführen

in der Marktwährung unterrichten will, dem ist das langbewährte und unbekroftene, so eben in neuerer umgearbeiteter Auslage erschienene „Praktische Lehrbuch zum Selbstunterricht im Buchführen und in der Einrichtung der Bücher.“ Für Handwerker und Kaufleute bearbeitet von Stegm. Solomon bestens zu empfehlen. Der Ruf des Verfassers und seine Stellung als geistl. Büchereivor bürigen für den praktischen Werth des Buches, das eine vollständig durchgeführte Buchführung, incl. Inventur und Abschluß, mit Rücksicht auf Societät und Fabrikbetrieb giebt. Für nur 75 Pf. ist das Buch in der L. Sammer'schen Buchhandlung A. Scheinert, Langgasse 20, zu haben. (8837)

Wilson's
Dampfer-Linie
Hull—Newyork.

A. I. Dpfr. Othello 3000 Tons, 900 Pferdekraft.

Expedition von Hull am 30. Januar. Diesem Dampfer folgen die erstklassigen, elegant für Passagiere eingerichteten Steamer: Colombo, Virago, Yeddo. Expedition von Hull und Newyork alle 14 Tage mit direkten Connoissements von und nach Danzig.

Passagepreis incl. Beköstigung von Hull nach Newyork I. Cajute L. 12. 12 s., II. Cajute L. 6. 6 s. Agenten in New-York C. L. Wright & Co.

Hull—Danzig.
Jede Woche ein Steamer.
Nächste Expedition: Dampfer Gozo am 21. Januar.

Näheres bei den Rhedern Thos. Wilson Sons & Co., Hull,

und deren Agent F. G. Reinhold, Danzig. (8676)

Zur Redoute im Schützenhause empfehle Billets, Kuttens und Läden in großer Auswahl zu den billigsten Preisen. (8758)
Max Cohn, 1. Damm 10.

Dieselbst ist auch ein ganz neues Gretchen-Costüm zu verhünen.

Dopp. ital. Buchführung in 16 Stunden praktisch zu erlernen. Für Erfolg wird garantiert. C. Hagedorn, Boddentengasse 20. II. NB. Auch an Damen ertheile ich Unterricht, Einzel wie in Birkeln.

Gute Forellen empfang frische Sendung und empfehle. C. Schröder Wwe. Jäschenthal. (8633)

Verkauf 1872:
219,758 Stück.

Über 1,000,000 im Gebrauch.

Die Original-Nähmaschinen von der

ingr. Manufacturing Company, Newyork,

grösste Nähmaschinen-Fabrik der Welt,

übertrifft durch ihre außerordentliche Leistungsfähigkeit und Dauer alle anderen Systeme und Nachahmungen.

Auf das Höchste vervollkommen ist besonders

die neue Familien-Nähmaschine zum Fuss- und Handbetrieb

für den Hausgebrauch, Weißnäherei, Damenschneiderei, Mützen-, Corset- und Schirmfabrikation usw.

Die neuen Medium- und Manufaktur-Nähmaschinen

bilden Spezialitäten für alle gewerblichen Zwecke, als Schneider, Schuhmacher, Segelmacher, Sattler, für Hutfabrikation, Sachnäherei usw.

Die Nähmaschinen der Singer Manufacturing Co. sind anerkannt von dem vorzüglichsten Material und durch Benutzung

der vollkommenen Arbeitsmaschinen mit unerreichter Accurateit hergestellt, die Construction ist die einfachste aller existirenden

Nähmaschinen, daher die Handhabung leichter zu erlernen, wie bei irgend einem andern Fabrikat.

A. HEDRICH, Heiligegeistgasse 117.

Alle sonst am hiesigen Platze als „Singer“ ausgetobten Nähmaschinen sind nachgemachte.

Das Möbel-Magazin von Otto Jantzen, vormals H. A. Paninski & Otto Jantzen. in Danzig, Langenmarkt 2, vis-à-vis der Börse, empfiehlt in großer Auswahl:

Sophas in kräftigsten Polstern mit Damastbezug von 21, 22—26 R., keine geschwielte Sofhas (Causen), mit bestem Damast- und Lassingbezug von 32 R. an, desgl. in Blüsch von 38 R., sowie hochelagante Garnituren zu verschiedenen Preisen.

Speise- und Sophairische, vierzig, oval und rund, von 5, 9, 10, 12, 15, 24, 28, 34 R. bis zu den feinsten. Mah. keine Nähstücke 8. 9 u. 10 R.

Silber- u. Wäschezimme, erstere mit Etagère u. Spiegel, innen poliert, 1 Thür. von 24—29 R., 2 Thüren von 34 R. u. s. w., letztere von 5, 7, 13, 15 R.

Kleiderspind zum Aufeinandernehmen, 1 Thür. von 11 R., 18 R. u. s. w.

Stühle pro ½ Dsd. von 9 u. 11 R., Wiener Stühle pr. ¼ Dsd. 13 R., desgl.

feineren von 17 R. an u. s. w. Klavierstühle à St. 3 R. Kinderstühle.

Büffels in nussbaum und mahagoni, mit Etagen, von 38 R. an.

Damen- und Herren-Bureau von 44—58 R., sowie Schreibstube in mah. u. nuss., für Damen kleinere, für Herren gröbere Schreibstube von 21 R. an.

Bettgestelle in birk., mahagoni und nussbaum, mit Federmatratze und Kellissen, von 20 R. an.

Wasch-Zoiletten à 2 3%, 4, 6 u. 7 R., sowie feiner mit Marmor-Auffass.

Spiegel in großer Auswahl von 24 R. an, große Pfeilerspiegel mit Marmor-

Console in Gold oder Holz 30 R. u. s. w.

Complete Speise- u. Schlafzimmerschränke stets in jeder Holzart am Lager.

Von Comtoir-Büsten und Schränken reichhaltig Lager.

Das Magazin verläuft seit seiner Gründung nur zu festen Preisen.

Fr. Kaiser, Bopengasse 20, 1 Treppe.

Flüssige Stiefelwichse.

Die von mir seit 25 Jahren für mich und meine werten Kunden zu-

bereitete flüssige Stiefelwichse, welche, abgesehen von ihrer Billigkeit, sich für

den grössten Wassertiefel sowohl, wie für den feinsten Salontisch eignet,

und, ohne dem Leder zu schaden, einen feinen, tief schwarzen Glanz hervor-

bringt, halte von heute ab zum allgemeinen Verlauf. In Bairisch-Biersla-

chen nebst Gebrauchsanweisung à 5 R., ohne Flasche 4 R.

Fr. Kaiser, Bopengasse 20, 1 Tr.

Langenmarkt No. 35 ist eine Woh-

nung von 4—5 Zimmern, mit allem

Büchern zu vermieten. Zu befreien

von 11—1 Uhr. Näheres im Laden.

8873) N. T. Angerer.

Langenmarkt No. 35 ist eine Woh-

nung von 4—5 Zimmern, mit allem

Büchern zu vermieten. Zu befreien

von 11—1 Uhr. Näheres im Laden.

8873) N. T. Angerer.

Ein eleganter möbliertes Zimmer nebst

Kabinett und Zubehör ist Bopengasse 18 par-

terre vom 1. April d. J. ab zu ver-

mieten. Zu befreien von 9—12 Uhr

Vormittags u. 3—6 Uhr Nach-

mittags.

Die oberen Räume des Erker-Speichers

sind z. verm. Zu erster Steinbamm 25.

Eine Wohnung von 4 Zimmern,

Keller, Küche, nebst Zubehör, wird

für den 1. April ex. gefügt. Offeren unter

8877 werden durch die Exp. d. Btg. erbeten.

Langenmarkt No. 35 ist eine Woh-

nung von 4—5 Zimmern, mit allem

Büchern zu vermieten. Zu befreien

von 11—1 Uhr. Näheres im Laden.

8873) N. T. Angerer.

Ein eleganter möbliertes Zimmer nebst

Kabinett und Zubehör ist Bopengasse 18 par-

terre vom 1. April d. J. ab zu ver-

mieten. Zu befreien von 9—12 Uhr

Vormittags u. 3—6 Uhr Nach-

mittags.

Die oberen Räume des Erker-Speichers

sind z. verm. Zu erster Steinbamm 25.

Eine Wohnung von 4 Zimmern,

Keller, Küche, nebst Zubehör, wird

für den 1. April ex. gefügt. Offeren unter

8877 werden durch die Exp. d. Btg. erbeten.

Langenmarkt No. 35 ist eine Woh-

nung von 4—5 Zimmern, mit allem

Büchern zu vermieten. Zu befreien

von 11—1 Uhr. Näheres im Laden.

8873) N. T. Angerer.

Ein eleganter möbliertes Zimmer nebst

Kabinett und Zubehör ist Bopengasse 18 par-

terre vom 1. April d. J. ab zu ver-

mieten. Zu befreien von 9—12 Uhr

Vormittags u. 3—6 Uhr Nach-

mittags.

Die oberen Räume des Erker-Speichers

sind z. verm. Zu erster Steinbamm 25.

Eine Wohnung von 4 Zimmern,

Keller, Küche, nebst Zubehör, wird

für den 1. April ex. gefügt. Offeren unter

8877 werden durch die Exp. d. Btg. erbeten.

Langenmarkt No. 35 ist eine Woh-

nung von 4—5 Zimmern, mit allem

Büchern zu vermieten. Zu befreien

von 11—1 Uhr. Näheres im Laden.

8873) N. T. Angerer.

Ein eleganter möbliertes Zimmer nebst

Kabinett und Zubehör ist Bopengasse 18 par-

terre vom 1. April d. J. ab zu ver-

mieten. Zu befreien von 9—12 Uhr